


16. November 2001

Deutsche Beteiligung an internationalen Kampfeinsätzen

Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus kann sich Deutschland einer Beteiligung an internationalen Kampfeinsätzen nicht länger verweigern. Dies erfordert einerseits die eigene Sicherheit und zum zweiten die Glaubwürdigkeit als verlässlicher Bündnispartner. Zunächst muß der Konsens auf politischer Ebene hergestellt werden, damit alle Parteien einvernehmlich an einem Strang ziehen. Nichts ist schädlicher als wenn Verbündete die innere Zerrissenheit nach außen hin wahrnehmen. Reden nach Art des Volkes, was uns die Sache überhaupt angehe, untergraben das politische Ansehen unserer Regierung beinahe vollständig. Wenn die Frage im Innern positiv beschieden ist, stellt sich aber die Frage, ob die Bundeswehr für diese Art von Einsätzen überhaupt ausgerüstet und trainiert ist, und dies wird von Sachkundigen zumeist bestritten. Da zeigt sich nun sofort wieder die Schwäche unserer Bundesregierung, daß sie nämlich das internationale Geschehen offenbar verschlafen hat. Statt dessen läßt sie sich in einen Streit darüber ein, ob denn nun die gestellte Aufgabe besser mit einer Berufs- oder einer Wehrpflichtigenarmee zu erfüllen sei. Dabei zielt dieser Streitpunkt an der Kernfrage vorbei. Wenn nämlich der Wehrdienst sukzessive gekürzt wird, ist klar, daß eine Wehrpflichtigenarmee diesen Belangen nicht genüge tun kann. Viel wichtiger wäre es, den Wehrdienst nicht in einem Stück absolvieren zu lassen, sondern die ständige Kampfbereitschaft der Wehrpflichtigen dadurch zu erhalten, daß die Ausbildung über den gesamten Zeitraum der körperlichen Eignung eines jeden Einzelnen erfolgt, indem man letzteren etwa periodisch zu Wehrübungen verpflichtet. Darüber hinaus läßt sich über diese Frage leicht schiedsrichten, wenn man sich die neue Art der Kriegführung der Zukunft vor Augen hält. Denn Kriege, die nicht gegen geordnete und gutausgerüstete Heere stattfinden, sondern gegen im Verborgenen operierende Terroristen, müssen anders geführt werden als mit geballter technischer Überlegenheit. So wird dem gemeinen Soldaten wieder erhöhte Bedeutung zuteil werden, es handelt sich ja um eine Art Stellungskrieg, an dem schwere Waffen und Luftüberlegenheit nur marginal Entscheidungen herbeiführen können und allenfalls unterstützend wirken. Für die aufgezeigte Art des Stellungskriegs ist die zahlenmäßige Überlegenheit über die Feindsoldaten von entscheidender Bedeutung, und allein dafür kann nur ein großes Heer von Wehrpflichtigen die geeignete Antwort sein. Man kann nämlich im konventionellen Krieg davon ausgehen, daß bei gleicher Bewaffnung die Zahl der Gefallenen auf beiden Seiten etwa gleich groß sein dürfte. Es muß noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß trotz einer erdrückenden materiellen Überlegenheit ein konventioneller Sieg in einer militärischen Auseinandersetzung, wie wir sie gegenwärtig in Afghanistan erleben, ohne Bodentruppen nicht zu bewerkstelligen ist. Wenn nun ein Land wie die Bundesrepublik, dem man aufgrund seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Kraft eine stärkere militärische Beteiligung durchaus verlangen kann, sich erst nach zähem Ringen dazu entschließt, seinen Beitrag auch mit Waffenbeteiligung zu leisten, so darf man durchaus die berechnete Frage stellen, in welcher Weise die Bundeswehr darauf vorbereitet wird, mit welchem Gerät sie an den militärischen Operationen teilnehmen soll. Dabei wird man auf erhebliche Beschaffungslücken stoßen, die solche Aktionen grundsätzlich in Frage stellen. Dabei ist es zweitrangig, wie die Ausrüstung der Truppe beschaffen ist, wenn nur ihre Kampfmoral gut ist. Aber auch darüber braucht man sich nichts vorzumachen, denn diese ist mit Sicherheit schlecht, wie man weiß. Eine Kampfmoral von Wehrpflichtigen exi-

stiert nicht, sofern sie nicht durch ideologische Verblendung generiert wurde. Sind es doch zumeist solche, die sich um die Absolvierung ihres Wehrdienstes gerne drücken würden, aber die Wahrscheinlichkeit, während der Ableistung ihrer aktiven Dienstzeit auch tatsächlich zu den Waffen greifen zu müssen, für gering erachten. Zudem ist eine unter Wohlstandsbedingungen und im Werteverfall großgewordene Jugend nicht kampftauglich, sondern verweichlicht und dadurch körperlich wie seelisch dazu ungeeignet, Kriegsdienst zu leisten. Somit ist gewaltiges Umdenken erforderlich, und gewaltige Anstrengungen sind zu unternehmen, um eine halbwegs brauchbare Kampfeinheit zu rekrutieren. Deren besondere Befähigung muß im Umgang mit Handfeuerwaffen liegen, ganz gleich welcher Art, und nicht in der Handhabung von großem Kriegsgerät, denn in den Schluchten Afghanistans kann mit Sicherheit nur eine Gebirgsjägerereinheit die Grundlage jeglichen militärischen Vorgehens bilden. An weiteren militärischen Fertigkeiten wird wohl ein Einsatz von Luftlande- und Fallschirmjägertruppen erwünscht sein, die gelernt haben, bei Nacht über dem Gebirge abzuspringen und möglichst noch auf Bergspitzen zu landen, denn bekanntlich führt sich der Kampf von oben nach unten leichter als umgekehrt. Diese und ähnliche Kriegslisten müssen angewandt werden, um den Krieg schnellstmöglich zu beenden, denn über einen längeren Zeitraum sich hinziehende Kriegshandlungen reißen rasch Löcher in die Haushalte. Dies alles kann nicht ohne den Verlust von Menschenleben abgehen. Wer glaubt, er könne einen Krieg gewinnen, ohne einen entsprechenden Blutzoll zu entrichten, dem sei die Lektüre von Clausewitz empfohlen. Eine andere wichtige Frage ist, wer denn, wenn Deutschland aktiv in den Krieg eintritt, den Oberbefehl über die Truppe übernehmen soll. Offiziell ist dies der Kanzler, der dazu aber möglicherweise nicht mit hinreichend erweiterten Befugnissen ausgestattet ist. Zudem besteht die gesamte militärische Führungsspitze aus Nachkriegskindern, alles Leuten, die nach dem letzten Krieg Lesen und Schreiben gelernt haben und in einer entsprechenden Antikriegshaltung erzogen wurden. Die meisten, Schröder, Scharping, Fischer, Rüge und wie sie alle heißen, haben nicht einmal gedient, weil sie entweder dazu untauglich waren oder aber die Fahnen der 68er-Generation hochgehalten haben, in Einzelfällen sogar der linken Szene angehörten. Man fragt sich überhaupt, wer solche für die Art der gestellten Aufgaben augenscheinlich nicht geeigneten Persönlichkeiten in diese Ämter gehievt hat. Bei den Römern war es gute militärische Tradition, anstatt der beiden Konsuln, die sich in die Staatsgeschäfte teilten, im Falle eines Krieges, auf die Dauer der Kriegshandlungen befristet, einen Diktator einzusetzen, der die Lenkung der militärischen Operationen eigenverantwortlich übernahm und dazu mit allen erforderlichen Befugnissen ausgestattet war. Dies war im Sinne einer Straffung und weil geteilte Kompetenzen in solchen Fällen eher schädlich sind zum Wohle aller. Doch wem in unserer Regierung könnte man wohl eine derart uneingeschränkte Handlungsvollmacht anvertrauen? Da ist in unserer Führungsmannschaft doch auf weiter Flur niemand, der sich dieser schweren Aufgabe als gewachsen erweisen dürfte, so daß man fast versucht ist zu sagen, sie möchten es doch besser bleiben lassen und sich nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, damit sie am Ende nicht noch größeren Schaden anrichten. Somit steht die Bundesrepublik Deutschland in einer neuen Phase ihrer Geschichte erst am Anfang. Doch welche Alternative zu militärischem Vorgehen hätte sie überhaupt? Das einzig wirksame Mittel zur Terrorismusbekämpfung nichtmilitärischer Art wäre die Einschränkung der Glaubensfreiheit, wofür allerdings eine Verfassungsänderung notwendig wäre, und die anschließende Ausweisung all derer, die sich trotz Verbots weiterhin zum Islam bekennen. Einen wirksameren Schutz gegen religiös motivierten Terror gibt es nicht. Aber nachdem eine Einschränkung politischer Grundrechte so gut wie keine Aussicht auf Erfolg haben dürfte, bleibt nur der Krieg gegen terroristische Zellen als einzige mögliche Alternative. Da ein Islamverbot auf breiten Widerstand in der Bevölkerung sowie in den Erdölförderländern stoßen dürfte und diese daraufhin ihre Fördermengen so weit drosseln könnten, daß die Reserven des Westens alsbald aufgebraucht wären und dieser dann feindseligen militärischen Akten hilflos gegenüberstehen würde, wäre die aufgezeigte Lösung politisch ungeschickt und würde weitgehende militärische Konflikte unausweichlich nach sich ziehen, und das kann niemand wollen.



Dennoch sollte sich die westliche Allianz auf ein Erstarren und einen stärkeren ideologischen Zusammenschluß islamischer Länder gefaßt machen, denn es könnte sein, daß aus der Zersplitterung eines Tages ein neuer Saladin hervorgeht.